

An

☐ die Bezirkshauptmannschaft

☐ den Magistrat Graz

Kostenübernahme für die stationäre Langzeitpflege und -betreuung in Pflegewohnheimen gem. § 14 StPBG – Antrag

Einen Anspruch auf Übernahme der nicht gedeckten Kosten für die Pflege und Betreuung in einem Pflegewohnheim haben jene Personen, deren Pflege- und Betreuungsbedarf ein Ausmaß erreicht, welcher nicht durch eine mobile und/oder teilstationäre Leistung ausreichend gedeckt werden kann und die diese Kosten nicht oder nicht zur Gänze selbst tragen können.

Bitte beachten Sie:	* Angabe(n) erforderlich	i Information zum Ausfüllen	☒ Zutreffendes bitte ankreuzen
---------------------	--------------------------	-----------------------------	--

1. Antrag

☐ Ich beantrage die Übernahme der nicht gedeckten Kosten für die Pflege und Betreuung im untenstehenden Pflegewohnheim nach dem Steiermärkischen Pflege- und Betreuungsgesetz.

Es ist von der antragstellenden Person die Bestätigung des anerkannten Pflegewohnheims beizubringen, dass ein verrechenbares Pflegebett zugesagt worden ist.

Name des Pflegewohnheims * _____

Straße * _____ Hausnummer/Tür * _____

Postleitzahl * _____ Ort * _____

ab (tt.mm.jjjj) * _____ bis (tt.mm.jjjj) i _____

i bei befristeter Aufenthaltsdauer
bei **Wechsel in ein anderes Pflegewohnheim** ist eine **neue Antragstellung** erforderlich

1.1 Antragsteller/in

Familienname * _____ akad. Grad _____

frühere/r Familienname/n i _____

Vorname/n * _____

Geschlecht * ☐ männlich ☐ weiblich ☐ divers

Geburtsdatum * _____ SV-Nummer * _____

Staatsangehörigkeit * _____ Geburtsort _____

Aufenthaltstitel i _____ Aufenthaltsdauer _____

Straße *				Hausnummer/Tür *	
Postleitzahl *		Ort *			
Telefon *			E-Mail*		
Familienstand *	☐ ledig	☐ verheiratet	☐ geschieden	☐ getrennt lebend	
	☐ verwitwet	☐ eingetragene Partnerschaft	☐ Lebensgemeinschaft seit (tt.mm.jjjj)		
Krankenversicherung *	☐ JA	☐ NEIN	Krankenkasse		
	☐ selbst-versichert	☐	mitversichert bei		

Frühere/r Familienname/n: Wenn zutreffend, dann ausfüllen.

Wenn Nicht-Österreicher/in: Art des **Aufenthaltstitels** und bei Befristung **Dauer** der Gültigkeit des Aufenthaltstitels anführen sowie Nachweis der Haftungserklärung nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) beilegen

Adresse: Bitte geben Sie die Adresse Ihres Hauptwohnsitzes oder in Ermangelung eines solchen die Adresse Ihres tatsächlichen Aufenthalts vor Einzug ins Pflegewohnheim an.

2.1 Vertretung

	* i	☐ Gerichtliche/ Erwachsenen-repreter/in
Verfahren anhängig JA/NEIN	☐ JA	☐ NEIN
	☐ Gesetzliche Erwachsenenvertretung	☐ Gewählte Erwachsenenvertretung
	☐ Vorsorgevollmacht	☐ Individuelle Vollmacht (AVG)

Bitte um Anschluss des Nachweises über Art und Umfang des Vertretungsverhältnisses!

Familienname			
Vorname/n		akad. Grad	
Telefon		E-Mail	
Straße			Hausnummer/Tür
Postleitzahl		Ort	

2.2 Angehörige/r bzw. Kontaktperson

Verwandtschafts-/ Beziehungs- verhältnis	* i			
Familienname *				
Vorname/n *		akad. Grad		
Geburtsdatum *		SV-Nummer *	i	
Straße *				Hausnummer/Tür *
Postleitzahl *		Ort *		

Telefon *

E-Mail

Verwandtschafts-/Beziehungsverhältnis: Ehegatte/Ehegattin, Kind etc.

i Sozialversicherungsnummer: Diese ist nur beim Ehegatten/Ehegattin beim eingetragenen Partner/bei der eingetragenen Partnerin anzugeben

3. Nettoeinkommen (ohne Pflegegeld) *

Pensions-/ Rentenleistungen i	☐ JA	☐ NEIN		
mtl. €		auszahlende Stelle		
mtl. €		auszahlende Stelle		
mtl. €		auszahlende Stelle		
mtl. €		auszahlende Stelle		
mtl. €		auszahlende Stelle		
Pension beantragt	☐ JA	☐ NEIN	am (tt.mm.jjjj)	bei
Leistungen des AMS	☐ JA	☐ NEIN	tgl. €	
auszahlende Stelle				
Krankengeld	☐ JA	☐ NEIN	tgl. €	
auszahlende Stelle				
Rehabilitationsgeld	☐ JA	☐ NEIN	tgl. €	
auszahlende Stelle				
titulierter Unterhalt	☐ JA	☐ NEIN	mtl. €	
Gerichtsbeschluss/-urteil vom (tt.mm.jjjj)		Bezirksgericht u. GZ		
Verpflichtete/r				
tatsächlich erhaltene Unterhaltsleistungen	☐ JA	☐ NEIN	mtl. €	
Verpflichtete/r				
Einkünfte aus Vermietung/ Verpachtung	☐ JA	☐ NEIN	mtl. €	
Leibrente	☐ JA	☐ NEIN	mtl. €	Verpflichtete/r
Vertrag vom (tt.mm.jjjj)				
Einkünfte aus Kapital- vermögen i	☐ JA	☐ NEIN	☐ mtl. ☐ vj. ☐ halbj. ☐ jährl.	€ ☐ mtl. ☐ vj. ☐ halbj. ☐ jährl.
sonstige Einkünfte i	☐ JA	☐ NEIN	☐ mtl. ☐ vj. ☐ halbj. ☐ jährl.	€ ☐ mtl. ☐ vj. ☐ halbj. ☐ jährl.

sonstige vertragliche
Leistungen **i**

☐ JA

☐ NEIN

Art

☐ mtl.
☐ vj.
☐ halbj.
☐ jährl.

€

☐ mtl.
☐ vj.
☐ halbj.
☐ jährl.

€

Einkommen gemäß § 1 StPBG-EVVO 2025, z. B.:

Pensions-/Renteleistungen, Ruhe-/Versorgungs-/Auslagenbezüge in- und/oder ausländische Pensions- und Rentenleistungen, Bezüge aus einer in- oder/und ausländischen gesetzlichen Kranken- oder Unfallversorgung, aus in- oder/und ausländischen Pensionskassen, Zuwendungen von Privatstiftungen, soweit sie als Bezüge anzusehen sind, Bezüge und Vorteile aus Unterstützungskassen/Unterstützungseinrichtungen, Rückzahlungen von Pflichtbeiträgen)
Leistungen des Arbeitsmarktservice: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss, Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes

Unterhalt: Sämtliche vollstreckbaren titulierten Unterhaltsansprüche (z. B. aus einem Scheidungsbeschluss oder aus einem Urteil, auch wenn die Scheidung schon länger zurückliegen sollte; gerichtlich festgelegte Unterhaltsansprüche von Eltern gegen ihre Kinder usw.) – unabhängig von der Person des Unterhaltsverpflichteten – sind anzuführen, auch wenn bislang kein Unterhalt bezogen wurde.

Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung: auch Einnahmen aus Fruchtgenuss

Einkünfte aus Kapitalvermögen: Einkünfte aus der Überlassung von Kapital (z. B. Gewinnanteile und sonstige Bezüge aus Aktien oder aus Gesellschaftsanteilen, Zinsen und andere Erträge aus Kapitalforderungen, bspw. aus Darlehen, Anleihen, Hypotheken, Guthaben bei Kreditinstituten, Boni, Kupons)

Sonstige Einkünfte: Darunter fallen z. B. Funktionsgebühren („Funktionärsbezüge“)

Sonstige vertragliche Leistungen: z. B. aus Übergabe-/Schenkungsverträgen

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

Einkünfte aus Gewerbebetrieb

4. Pflegegeld *

inländisches Pflegegeld **i**

☐ JA

☐ NEIN

mtl. €

Stufe

auszahlende Stelle

Pflegegeld(erhöhung) beantragt am
(tt.mm.jjjj)

ausländisches Pflegegeld

☐ JA

☐ NEIN

mtl. €

auszahlende Stelle

Pflegegeld: Beziehen Sie derzeit kein oder ein inländisches Pflegegeld der Stufe 1 bis 3 oder ein ausländisches Pflegegeld, müssen Sie vor Antragstellung eine Beratung in der Pflegedrehscheibe Ihres Bezirks in Anspruch nehmen und deren pflegefachliche Stellungnahme diesem Antrag beilegen.

Pflegegeld(erhöhung) beantragt am: Dieses Feld ist nur auszufüllen, wenn Pflegegeld oder eine Erhöhung desselbigen bereits beantragt wurden, die Entscheidung der Behörde jedoch noch ausständig ist.

5. Angaben für ein allfälliges Rückersatzverfahren aufgrund vertraglicher/gesetzlicher Verpflichtungen

- betreffend Verpflichtete aus Unterhaltstiteln;
- betreffend Dritte, gegen welche die Leistungsempfängerin/der Leistungsempfänger Rechtsansprüche oder Forderungen hat (z. B. Ansprüche aus Leibrentenverträgen oder Übergabsverträgen – in diesen Fällen können auch Angehörige, wie z. B. Kinder, betroffen sein!)

Ersatzpflichtige Person i

Familienname			
Vorname/n		akad. Grad	
Verwandschafts-/Beziehungsverhältnis			
Geschlecht	☐ männlich	☐ weiblich	☐ divers
Straße			Hausnummer/Tür
Postleitzahl		Ort	

i Zum Rückersatz herangezogen werden können: Verpflichtete aus Unterhaltstiteln; aus Übergabsverträgen sowie Dritte, gegen die der Leistungsempfänger/die Leistungsempfängerin Rechtsansprüche oder Forderungen hat

weitere ersatzpflichtige Person i

Familienname			
Vorname/n		akad. Grad	
Verwandschafts-/Beziehungsverhältnis			
Geschlecht	☐ männlich	☐ weiblich	☐ divers
Straße			Hausnummer/Tür
Postleitzahl		Ort	

i Zum Rückersatz herangezogen werden können: Verpflichtete aus Unterhaltstiteln; aus Übergabsverträgen sowie Dritte, gegen die der Leistungsempfänger/die Leistungsempfängerin Rechtsansprüche oder Forderungen hat

weitere ersatzpflichtige Person i

Familienname			
Vorname/n		akad. Grad	
Verwandschafts-/Beziehungsverhältnis			
Geschlecht	☐ männlich	☐ weiblich	☐ divers
Straße			Hausnummer/Tür
Postleitzahl		Ort	

i Zum Rückersatz herangezogen werden können: Verpflichtete aus Unterhaltstiteln; aus Übergabsverträgen sowie Dritte, gegen die der Leistungsempfänger/die Leistungsempfängerin Rechtsansprüche oder Forderungen hat

6. Beilagen: Folgende Unterlagen sind von der antragstellenden Person in Kopie anzuschließen

☐	Amtlicher Lichtbildausweis	
☐	Geburtsurkunde	
☐	Sozialversicherungsnummer	
☐	☐ Staatsbürgerschaftsnachweis	☐ Aufenthaltstitel
		☐ Aufenthaltsbescheinigung
☐	Bei Nicht-Österreicher*innen: ggf. Haftungserklärung nach Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG)	
☐	☐ Heiratsurkunde	☐ Scheidungsurteil
		☐ Scheidungsvergleichsausfertigung
☐	☐ Begründung einer eingetragenen Partnerschaft	☐ Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft
☐	Vertretungsnachweis die Einkommensverhältnisse durch Nachweise über Pensions-/Rentenleistungen, Einkommensteuerbescheide, Nachweise über die Höhe von Unterhaltsleistungen, Kontoauszüge über Einnahmebuchungen auf Bankkonten, Übergabeverträge betreffend Liegenschafts- und/oder Unternehmensübertragungen, Grundbuchsauszüge oder andere Nachweise, die geeignet sind, Art und Höhe des bezogenen Einkommens nachzuweisen	
☐	Nachweis über den Pflegegeldbezug (inländisch/ausländische Bestätigung)	
☐	Bestätigung des anerkannten Pflegewohnheims, dass für die antragstellende Person ein verrechenbares Bett zur Verfügung steht.	
☐	falls erforderlich: Pflegefachliche Stellungnahme der Pflegedrehscheibe (gemäß Punkt 4)	

7. Datenschutzrechtliche Bestimmungen

☐	* Ich nehme zur Kenntnis, dass die von mir bekanntgegebenen Daten und jene Daten, die die Behörde im Zuge des Ermittlungsverfahrens erhält, auf Grund des Art. 6 Abs. 1 lit. c und e Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit den diesem Verfahren zugrundeliegenden Materiengesetzen automationsunterstützt verarbeitet werden und zum Zweck der Abwicklung des von mir eingeleiteten Verfahrens, der Beurteilung des Sachverhalts, der Erteilung der Bewilligung sowie auch zum Zweck der Überprüfung verarbeitet werden Ich habe die allgemeinen Informationen - zu den mir zustehenden Rechten auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerruf und Widerspruch sowie auf Datenübertragbarkeit; - zum mir zustehenden Beschwerderecht bei der Österreichische Datenschutzbehörde; - zum Verantwortlichen der Verarbeitung und zum Datenschutzbeauftragten auf der Datenschutz-Informationssseite (https://datenschutz.stmk.gv.at) oder am beigefügten Datenschutz-Informationsblatt gelesen.
--------------------------	--

8. Erklärung

Ich erkläre ausdrücklich,

- dass sämtliche Informationen vollständig und wahrheitsgemäß offengelegt wurden;
- meine Zustimmung, dass der Träger der Pflege und Betreuung zum Zweck der Prüfung meiner Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit, zur Gewährung, Kürzung, Einstellung von Leistungen sowie zur Durchsetzung der Ersatzansprüche meine Daten über den Gesundheitszustand durch Ärzte, Pflegepersonen (z. B. medizinische Befunde und Sachverständigengutachten) und Auskünfte über meinen Gesundheitszustand durch Ärzte, durch Krankenanstalten, durch Pflege- und Betreuungspersonen, durch Schadenersatzpflichtige erhält;
- meine Zustimmung, dass der Kostenübernahmebescheid zum Zwecke der Pensionsteilung an den/die Pensionsversicherungsträger übermittelt werden darf;
- mein Einverständnis, dass die Behörde oder in deren Auftrag tätige Dritte (z. B. Sachverständige) in die Pflegedokumentation der mobilen Dienste Einsicht nehmen dürfen.

Ich bevollmächtige die Bezirkshauptmannschaft/den Magistrat Graz, eine österreichweite Namensabfrage von Eigentumswerten beim Bezirksgericht, Grundbuch durchzuführen.

Ich verpflichte mich, dass

- ich Ansprüche gegen Dritte in den Grenzen des § 14 Abs. 5 StPBG verfolgen werde;
- ich Änderungen der für die Leistung maßgeblichen Umstände, insbesondere der Einkommens- und Familienverhältnisse, Aus- und Eintritt in ein anderes Pflegewohnheim unverzüglich der Behörde melden werde.

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- die Verletzung der Anzeigepflicht gem. § 19 StPBG Sanktionen nach sich ziehen kann. Insbesondere können falsche Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Einstellung und Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken. Außerdem kann in solchen Fällen eine (Verwaltungs-) Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann (§ 47 Abs. 1 Z.1 StPBG).
- ich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen aus meinem Einkommen (Pension, Pflegegeld, Mieteinnahmen, Leibrentenvertrag, Einnahmen aus Kapitalvermögen etc.) die Kosten der Pflege und Betreuung zu tragen habe.

Ort

Datum
(tt.mm.jjjj)

Unterschrift

Unterschrift wurde geleistet durch:

- | | | |
|--|--|--|
| ☐ Antragsteller/in | ☐ gerichtliche/n
Erwachsenenvertreter/in | ☐ vertretungsbefugte/n nächste/n Angehörige/n |
| ☐ gesetzliche/n
Vertreter/in | ☐ gesetzliche/n
Erwachsenenvertreter/in | ☐ gewählte/n Erwachsenenvertreter/in |
| ☐ Bevollmächtigte/r | | |

Familienname

Vorname/n

akad. Grad